

2010



Hausärztliche Versorgung

Mit der Einführung eines Modellprojektes werden arztfremde Leistungen auf qualifiziertes Praxispersonal übertragen. Das bedeutet eine Entlastung für die Hausärzte und stellt eine Verbesserung der medizinischen Versorgung auf dem Land dar.

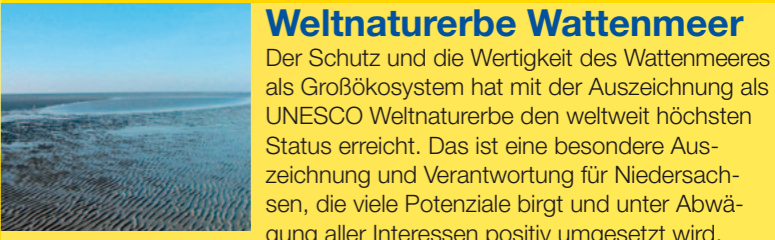
Familienhebammen

Bundesweit ist Niedersachsen das erste Land, das die Weiterbildung zur Familienhebamme staatlich anerkennt.



Ganztagschulen

Lag die Anzahl der Ganztagschulen in Niedersachsen im Jahr 2003 noch bei 150, so ist sie in den vergangenen Jahren kontinuierlich auf nunmehr 1.150 zum kommenden Schuljahr ausgebaut worden.



Weltnaturerbe Wattenmeer

Der Schutz und die Wertigkeit des Wattenmeeres als Großökosystem hat mit der Auszeichnung als UNESCO Weltnaturerbe den weltweit höchsten Status erreicht. Das ist eine besondere Auszeichnung und Verantwortung für Niedersachsen, die viele Potenziale birgt und unter Abwägung aller Interessen positiv umgesetzt wird.

Eingetragene Lebenspartnerschaften

Der entsprechende Entwurf eines Gesetzes wurde in den Landtag eingebracht. Mit Beschluss dieses Gesetzes kommt es zu einer vollständigen Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften im niedersächsischen Landesrecht, auch im Bereich der Beamtenbesoldung.

Elektromobilität

Mit einer Initiative setzt sich die Fraktion für die weitere Förderung der Elektromobilität in Niedersachsen ein. Damit wollen wir die führende Rolle Deutschlands und Niedersachsens in der Automobilindustrie sowie der Energietechnik behaupten und ausbauen.



2009



Europaschulen

Waren es im Jahr 2003 noch 48, so hat sich die Zahl verdoppelt: Mittlerweile gibt es 83 Europaschulen in Niedersachsen. Hier werden interkulturelle Kompetenz sowie Wissen über die EU der Schülerinnen und Schüler gestärkt, um ihre beruflichen Perspektiven auf dem europäischen Arbeitsmarkt zu verbessern.



Wettbewerbsfähigkeit

Durch den Health Check der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU ist insgesamt die Wettbewerbsfähigkeit auch der niedersächsischen Landwirte erhöht worden. Auf der Grundlage einer Entschließung von CDU/FDP hat die Landesregierung in einer Kernarbeitsgruppe und auf fachlicher und politischer Ebene wichtige Abstimmungen vorangetrieben.

Energie

Der Anteil der regenerativen Energien hat sich seit der Regierungsübernahme vervierfacht. Unser Ziel sind mindestens 30 % am Gesamtanteil der Primärenergieproduktion.

Sportstättenanierung

Zusätzlich zu dem bereits seit 2007 existierenden Programm der Sportstättenförderung wurden 40 Millionen Euro aus dem Konjunkturpaket II für die Sanierung von Sportstätten zur Verfügung gestellt.

Verkehrsinfrastruktur

Im für das Transitland Niedersachsen wichtigen Bereich Verkehrsinfrastruktur hat sich die Fraktion unter anderem erfolgreich für mehr Mittel zum Straßenbau inklusive der Radwege sowie für mehr LKW-Stellplätze entlang den Autobahnen eingesetzt.

Investitionen

Die Fraktion hat sich für eine möglichst schnelle und unbürokratische Umsetzung der Konjunkturpakete des Bundes eingesetzt und den Kommunen die Entscheidungsfreiheit gegeben. Mit der „Initiative Niedersachsen“ des Landes wurden Wachstumsimpulse gesetzt und Beschäftigung, vor allem bei kleinen und mittleren Unternehmen, gesichert.



2009



Einführung FSJ-Politik

Mit der Einführung des Freiwilligen Sozialen Jahres „Politik“ wird der Einsatz von freiwilligen Jugendlichen in politischen Institutionen ermöglicht.

Pflegepaket

Die Attraktivität des Altenpflegeberufes wurde gesteigert, indem für Leistungserbringer ein Zuschuss bei den Ausbildungskosten eingeführt wurde. Außerdem wurden Zuschüsse beim Schulgeld beschlossen.



Wohnraumförderung

Durch die Erhöhung der Einkommensgrenzen erhalten mehr Menschen in Niedersachsen Wohnraumförderung.

Zahl der Studierenden

Seit 2006 ist die Zahl der Studienanfänger kontinuierlich gestiegen. Im Jahr 2009 waren es 28.400.



Qualität der Lehre

Die Schaffung der Niedersächsischen Technischen Hochschule (NTH) sorgt durch die Konzentration wissenschaftlicher Exzellenz in Niedersachsen für eine größere Wahlfreiheit sowie eine Qualitätsverbesserung für die Studierenden.

2008



Verbraucherschutz

Auf Basis des Aktionsplans „Sichere Lebensmittel“ wurde die Lebensmittelsicherheit im Sinne des Verbraucherschutzes ausgebaut. Jetzt gibt es mehr Beratung durch die Fachaufsicht, außerdem wurde ein landesweites Qualitätsmanagementsystem erarbeitet.



Klimaschutz

Ein umfassendes Klimaschutzprogramm für Niedersachsen und die Einberufung einer Regierungskommission Klimaschutz kennzeichnen die ersten Handlungen der neuen Legislaturperiode. Ziel der Kommission ist die Formulierung konkreter Vorschläge für eine Reduzierung von Treibhausgasen und einen effizienteren Umgang mit Energie.

Justizvollzug

2008 wurde die Novellierung des Justizvollzugsgesetzes beschlossen. Durch die Änderungen wurden die rechtlichen Regelungen der Untersuchungshaft verbessert und somit die Rechte des Untersuchungshäftlings gestärkt.

Hafenhinterlandanbindung

Bereits seit Beginn der Legislaturperiode setzt sich die Fraktion für eine zügige Anbindung der niedersächsischen Häfen an das Schienennetz ein, um die dynamisch wachsenden Hafenhinterlandverkehre zu bewältigen.

HALBZEIT
BILANZ
2008–2010



Liebe Bürgerinnen und Bürger,

am 26. Februar 2008 haben FDP und CDU in Hannover den Koalitionsvertrag unterschrieben. Zweieinhalb Jahre danach ist es Zeit für eine Zwischenbilanz.



Christian Dürr MdB
Fraktionsvorsitzender

Seit wir in Hannover gemeinsam regieren, ist der Erfolg in Niedersachsen zu Hause. Wir haben erreicht, dass das Land bei allen wichtigen Indikatoren besser dasteht. Wir haben ein Plus bei Umsätzen und Auftragseingängen der Unternehmen, bei den Gewerbeanmeldungen, bei den Bruttoverdiensten der Arbeitnehmer und bei den Arbeitsplätzen. Die Krise hat Niedersachsen weniger anhaben können als anderen.

Die Politik, die zu diesen Erfolgen geführt hat, wollen wir Ihnen hier darstellen. Wir zeigen, wo wir Niedersachsen vorangebracht haben und weiter voranbringen.

Die Kernfrage für die kommenden Jahre lautet:
Wie halten wir das Land weiterhin auf der Erfolgsspur?

Darauf gibt es aus Sicht der FDP-Fraktion zwei entscheidende Antworten.

1. Die Haushaltskonsolidierung der vergangenen Jahre ist in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise belohnt worden. Wir standen solider da als andere. Deshalb müssen wir an der erfolgreichen Politik des Sparens festhalten. Man kann nicht ausgeben, was man nicht hat.
2. Das Leitmotiv der kommenden Jahre muss sein: So viel wie möglich vor Ort – so viel wie nötig zentral. Niedersachsen ist vielfältig – das erfordert dezentrale Entscheidungen und maßgeschneiderte Lösungen.

Wir freuen uns auf die kommenden Jahre, denn wir sehen ihnen mit viel Optimismus entgegen. Es geht weiter aufwärts in Niedersachsen!

Wir freuen uns auch auf Ihre Anregungen und Ideen – lassen Sie uns gemeinsam noch mehr für unser Land erreichen.

Ihr

Christian Dürr



FDP-Fraktion im Niedersächsischen Landtag
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover

Telefon: 0511 3030-4301
Fax: 0511 3030-4863
E-Mail: info@fdp-fraktion-nds.de



2008

Weniger Abgänger ohne Abschluss

Im Jahr der Regierungsübernahme 2003 lag die Quote der Abbrecher ohne Schulabschluss noch bei 10,5%. „Kein Abschluss ohne Anschluss“ waren für uns keine bloßen Worte – wir haben die Quote auf 7,4% gesenkt.

Abbau unnötiger Vorschriften

Zum 01.01.2006 trat das Modellkommunengesetz in Kraft. Zielsetzung des Modellversuches war die Entlastung kommunaler Körperschaften durch den Abbau von unnötigen Vorschriften. Nach erfolgreicher Erprobung in den ausgewählten Kommunen wurden 2008 die ersten Teile landesweit umgesetzt.



2009

Tiefstand bei nicht aufgeklärten Straftaten

Die 2004 beschlossene Polizeireform war der richtige Schritt, um die niedersächsische Polizei zukunftsfähig aufzustellen. Die Polizei ist dadurch organisatorisch, fachlich und technisch bestens ausgestattet. Eine Folge: Die Aufklärungsquote 2009 erreicht mit 59,97% ein Höchstniveau (2003 bei 53,91%).

Entlastung der Verwaltung

Im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung 2004 wurde entschieden zu evaluieren, ob auf die Durchführung eines Widerspruchsverfahrens im verwaltungsrechtlichen Verfahren verzichtet werden kann. Ergebnis: Die Abschaffung des Widerspruchsverfahrens hat sich bewährt. Sie hat zu einer Entlastung der Verwaltung und zu Bürokratieabbau geführt.



2009

Vereinfachung des Straßengesetzes

Durch eine Änderung des Niedersächsischen Straßengesetzes wird Kommunen die Kooperation ermöglicht, was bürokratische Hemmnisse abbaut und zu Entlastungen führt.



2010

Weniger Zugangsbeschränkungen

Mit der Novellierung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes setzen CDU und FDP ihr Modellvorhaben „Offene Hochschule“ um. Im Ergebnis steht eine bessere Durchlässigkeit zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung in Niedersachsen.



Investitionshemmnisse

Durch Änderungen im Waldgesetz ist die Umwandlung von Waldflächen, insbesondere von kleineren Waldparzellen in Ortslagen, erleichtert worden. Investitionen und Planungen sind dadurch deutlich einfacher, der bürokratische Aufwand wurde erheblich reduziert.

Ersatzgeld

CDU und FDP haben die Gleichrangigkeit von Ersatzgeldzahlungen mit anderen Kompensationsmaßnahmen umgesetzt. Das ist ein Beitrag zum Bürokratieabbau und eine Investitionserleichterung.

ZAHLEN ZIELE MEILENSTEINE



2010

Zukunftsvertrag

Er sorgt für eine finanzielle Entlastung für Kommunen, die sich durch freiwillige Zusammenschlüsse oder Zusammenarbeit zukunftsfähig aufstellen.



Konsensuale Streitschlichtung

Durch das Gesetz zur obligatorischen außergerichtlichen Streitschlichtung wird die Streitbeilegung gefördert und langfristig für eine Entlastung der Justiz gesorgt. Für bestimmte Bereiche, zum Beispiel Nachbarrechtsstreitigkeiten oder Ansprüche wegen Verletzung der

persönlichen Ehre, wurde die außergerichtliche Streitschlichtung vor der Durchführung eines Gerichtsverfahrens verbindlich eingeführt.



2010

Entlastung der Justiz

Es wurden zusätzliche Richterstellen geschaffen, unter anderem an den Arbeitsgerichten, um auf mögliche Folgen der Wirtschaftskrise vorbereitet zu sein.

Stabilität am Arbeitsmarkt

Die Wirtschaftskrise hat in Niedersachsen nur zu einem geringen Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt, was nicht zuletzt der konsequent auf Wachstum ausgerichteten Politik der FDP zu verdanken ist. Eine Politik, die im Juni 2010 bestätigt wurde, als die Arbeitslosigkeit unter den Wert des Jahres 1992 sank.

Vereinfachung des Gaststättenrechts

Mit der Unterstützung des geplanten Wegfalls des Erlaubnisvorbehalts im Gaststättengesetz setzt die Fraktion ein weiteres Signal zur Entbürokratisierung.